



**Empfehlungen zur Gestaltung der  
wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas**

**Wirtschaft**

- Die EU sollte die Möglichkeiten zur Förderung des Unternehmertums ausweiten, wozu eine flexiblere Besteuerung von Selbständigen gehört, mit der die Steuerflucht eingedämmt und das Startkapital für Selbständige vermehrt werden könnte.
- Die EU sollte die Finanzmärkte (Akteure und Produkte) regulieren, die Finanzströme von Handelsbanken überwachen, die in der EU aktiv sind, und die Stabilität dieser Ströme sicherstellen. Sie sollte diese Regulierung mittels einer zentralen europäischen Aufsichtsbehörde überwachen oder der Europäischen Zentralbank größere Vollmachten für diese Aufgabe übertragen. Sie sollte gemeinsame Geschäftsbedingungen einführen, um die Sicherheit von privaten Sparguthaben und die Geschäftsfähigkeit von Handelsbanken sicherzustellen.
- Die EU sollte eine einheitliche und höhere Besteuerung auf Einkommen aus Kapitalgeschäften (Tobin-Steuer) und Produktivitätssteigerungen ("technologischer Wertzuwachs") unterstützen.
- Die Europäische Union sollte verlangen, dass die Bereitstellung von europäischen Beihilfen an Unternehmen abhängig ist von der Übereinstimmung des Ortes der Besteuerung mit dem Ort der Produktion. Sie sollte auf die Gewährleistung der steuerlichen Transparenz hinwirken, indem Einkommensübertragungen vermieden werden, und zur Abschaffung von Steuerparadiesen beitragen.
- Die EU sollte Anreize schaffen, um die Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer zu verhindern. Die EU sollte allen Unternehmen Sanktionen auferlegen, die EU-Mittel und Beihilfen erhalten haben und die ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlagern. Sie sollte dies tun, indem sie die Rückzahlung der staatlichen Beihilfen verlangt, die diese Unternehmen erhalten haben, und Steuern zur Finanzierung von Sozialplänen einführt.
- Die EU sollte die Gesetze in Bezug auf Wirtschaftskriminalität verschärfen, indem sie den Schutz für Außenhaftung verbessert und einen verbindlichen Moralkodex für Unternehmensführer/in vorsieht.
- Die EU sollte sich um unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen bemühen und die Verwaltungslast für Unternehmen und insbesondere für KMUs verringern. Die Maßnahmen sollten ein gezieltes öffentliches Auftragswesen, alleinige Anlaufstellen (one-stop shops), mehr netzgestützte Behördendienste (e-government), technische Unterstützung, kostenlose Beratungsdienste, Steuersenkungen (Steuerbefreiung im ersten Geschäftsjahr), Zugang zu Mikrokrediten, Fördermittel für regionale Erzeugnisse usw. umfassen.
- Um die wirtschaftliche Erholung zu fördern, sollte die EU in Wachstumsbranchen investieren, dabei aber vermeiden, dass private Unternehmen von staatlichen Beihilfen abhängig werden.
- Die EU sollte eine gemeinsame Datenbank der EU für Informationen zu Angebot und Nachfrage in Drittländern einrichten.
- Die EU sollte die Mitgliedstaaten, die sich auf ihren Beitritt zur Eurozone vorbereiten (mindestens anderthalb Jahre vor dem geplanten Beitritt), bei Informationskampagnen unterstützen, die die Folgen der Euroeinführung und die Erfahrung anderer Länder vorstellen sowie Auskünfte darüber geben, wie der genaue Ablauf bei der Einführung des Euros aussieht.



<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Kriterien für die Erweiterung der Eurozone lockern, indem sie objektivere Kriterien festlegt, und das insbesondere in Bezug auf die Revision der Preisstabilitätskriterien, für deren Berechnung nicht von der Inflationsrate der einzelnen EU-Länder sondern von der durchschnittlichen Inflationsrate der Mitgliedsländer der Eurozone ausgegangen werden sollte.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Regionen mit einer schwächeren Infrastruktur mehr Mittel bereitstellen, um den Bau von Fernstraßen, Eisenbahnstrecken und Wasserwegen zu ermöglichen, die derzeitigen und zukünftigen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Sie sollte die Ursachen für die benachteiligte Stellung mancher Regionen untersuchen und ihr besonderes Entwicklungspotenzial erkennen, um Investitionen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte in bi- und multilateralen Handelsabkommen ökologische und soziale Mindeststandards aushandeln. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und die soziale und ökologische Entwicklung in den Handelspartnerländern unterstützt. Dabei sollte eine entsprechende Qualitätskennzeichnung eingeführt bzw. ausgedehnt werden (z. B. "Fair Trade").</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Programme für Investitionen der Mitgliedstaaten in Forschung und Entwicklung (FuE) verstärken und sicherstellen, dass ein bestimmter Anteil des BIP für FuE verwendet wird. Darüber hinaus sollte sie ihre Forschung, die von privaten Unternehmen durchgeführt wird, koordinieren. Die Koordinationsstellen auf einzelstaatlicher Ebene sollten alle Stakeholder einbeziehen (Staat, Kirche, NRO usw.). Gleichzeitig sollte die Zuweisung der EU-Mittel für Innovation und Forschung effizienter gestaltet werden. Die EU sollte ein gemeinsames Forschungs- und Innovationsprogramm mit genau umrissenen Schwerpunktbereichen ausarbeiten. Es sollte geklärt werden, wie die Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten aussehen soll.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte dazu beitragen, die Chancen auf den Erhalt eines Darlehens für den Kauf von Wohnraum zu niedrigeren Zinssätzen und längeren Rückzahlungsfristen zu erhöhen, um das Wohnraumproblem zu lösen und die Wohnungen jungen Leuten und sozial gefährdeten Menschen zu nicht gewinnorientierten Mieten bereitzustellen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sicherstellen, dass jede/r EU-Bürger/in einen erschwinglichen, schnellen Internet-Zugang hat, indem sie den Ausbau der Internet-Infrastruktur mit finanziert. Es sollte sowohl ein Wettbewerbsmarkt geschaffen als auch ein Höchstpreis für Internet-Dienste festgesetzt werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte um den Erhalt nationaler Traditionen bemüht sein. Die neu vorzulegenden wie die bestehenden EU-Verordnungen sollten Traditionen respektieren und schützen, z. B. die EU-Hygienenormen, die Einschränkungen für die Herstellung traditioneller Lebensmittel auferlegen. Die EU sollte Marktstudien und Wirtschaftsprognosen finanzieren, die dazu beitragen würden, die Herstellung und die Ausfuhr von traditionellen Erzeugnissen zu fördern und zu unterstützen. Die EU sollte lokale Erzeugnisse schützen, indem sie Mittel für die Unterstützung von Direkt-Marketing bereitstellt.</li></ul>
<b>Beschäftigung</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte den Arbeitsmarkt allen europäischen Bürger/innen öffnen, um die Freizügigkeit von Arbeitskräften in ganz Europa zu fördern. Sie sollte die Integration von Arbeitnehmer/innen aus anderen europäischen Ländern in den Arbeitsmarkt des Landes, in dem sie leben, mittels Bildungsprogrammen fördern und gemeinsame Standards für die berufliche Qualifikation aufstellen</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Informationen zu Beschäftigungschancen in anderen Mitgliedstaaten verbreiten und Arbeitslose aller Altersklassen in positiver Weise motivieren Arbeit zu suchen. Die EU sollte bestrebt sein, bewährte Verfahren in Europa zu erkennen, um die Arbeitslosigkeit während des konjunkturellen Abschwungs so gering wie möglich zu halten (z. B. Arbeitsplatzteilung, kürzere Arbeitszeiten, Vorruhestand usw.). Sie sollte</li></ul>



<p>Untersuchungen zur Beschäftigung durchführen, Informationen zur Lage des Arbeitsmarktes und zu Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt in verschiedenen Ländern bereitstellen sowie die Zusammenarbeit zwischen Jobzentren vereinfachen.</p>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte auf Grundlage eines harmonisierten Arbeitsgesetzbuchs dieselben Arbeitsbedingungen und -regeln für alle EU-Bürger/innen schaffen, indem sie die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer/innen und die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber/innen harmonisiert. Dieses Gesetzbuch sollte das Recht auf faire Entlohnung und Arbeitszeiten sowie den Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit für Frauen und Männer sowie für Arbeitnehmer/innen aus allen anderen EU-Mitgliedstaaten enthalten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Mitgliedstaaten der EU sollten in jedem Land auf eine koordinierte Art und Weise einen Mindestlohn einführen, der an das jeweilige nationale Produktionsniveau und die jeweiligen Lebenshaltungskosten angepasst ist.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte einen europäischen sozialen Dialog einführen, der die wirtschaftlichen und sozialen Akteur/innen mit einbezieht, um Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen auf sektoraler Ebene, z. B. im Hinblick auf Arbeitszeiten, Entlohnung, Arbeitsbedingungen usw., abzustecken.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sich bemühen, qualifizierte Arbeitnehmer/innen aus Drittländern anzuwerben (brain gain), was dazu beitragen würde, die Wettbewerbsfähigkeit und das wirtschaftliche Wachstum der EU zu sichern. Das sollte über eine gemeinsame Migrationspolitik für Arbeitsplätze erfolgen, die auch eine umfassende Regelung für eine „Blue Card“ umfassen könnte, die in der gesamten EU gilt und die nach zwei Jahren verlängert werden kann.</li></ul>
<b>Sozialpolitik</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Europäische Kommission muss Gesetze vorschlagen, die soziale Ungleichheit bekämpfen, und Bedingungen für eine Annäherung der Sozialversicherungs- und Wohlfahrtssysteme der Mitgliedstaaten schaffen. Das würde Löhne und Gehälter sowie Renten betreffen und Unter- und Obergrenzen für Sozialleistungen würden festgelegt. Die EU sollte ein System zur Beobachtung der Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten einrichten und, wenn nötig, den Mitgliedstaaten verbindliche Empfehlungen aussprechen, um dafür zu sorgen, dass die EU einem gemeinsamen sozialen System für die EU näher rückt.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Einhaltung von bestehenden Antidiskriminierungsregelungen, insbesondere in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung, auf ältere Menschen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen, sicherstellen und damit deren aktive und fortgesetzte Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft gewährleisten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte den Sozialschutz für schutzbedürftige Mitglieder der Gesellschaft in allen Lebensphasen verstärken. Dazu gehören ältere Leute, behinderte Menschen oder einkommensschwache Mitglieder der Gesellschaft, Obdachlose und Arbeitslose sowie auch Pflegepersonen. Sie sollte den Anteil des BIP einschätzen, den die Länder für ihre Sozialpolitik ausgeben, und den Mitgliedstaaten verbindliche Ziele für die Armutsbekämpfung auferlegen. Diese Maßnahmen sollten in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession besondere Beachtung finden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU-Institutionen sollten Gesetze für die Einführung einer verpflichtenden progressiven Einkommensbesteuerung in allen Mitgliedstaaten der EU beschließen, um die sozialen Ungleichheiten zu verringern.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die staatlichen Renten regulieren und bewahren, um sicherzustellen, dass es keine Diskriminierungen zwischen den jüngeren und den älteren Generationen gibt. Sie sollte private Rentensysteme fördern, die bestehenden bewahren und Garantien für die Rentenfinanzierung geben.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Zur Verjüngung ihrer Bevölkerung sollte die EU die Mitgliedstaaten dazu anregen, Familien fördernde Maßnahmen auszuarbeiten, z. B. indem sie zu Hause bleibenden</li></ul>



<p>Elternteilen Unterstützung bietet. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, Kindergeld oder steuerliche Anreize für größere Familien. Besondere Aufmerksamkeit sollten Alleinerziehende und Großfamilien erhalten.</p>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU muss sich um ein besseres Gleichgewicht zwischen Arbeit und Familie für alle bemühen. Sie sollte Eltern und anderen Bürger/innen, mit Aufgaben der Kinderbetreuung und Pflege, die volle Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, indem in Ganztagskindergärten, in Kindergärten mit Nachmittags- und Nachtbetreuung, sowie in Elternurlaub und Umschulungen investiert wird. Die EU sollte Mindestnormen für diese Bereiche aufstellen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Um ehrenamtliche Arbeit in den Mitgliedstaaten zu fördern, sollte die EU Informationskampagnen organisieren, Austausch fördern und Kampagnen für das freiwillige Engagement finanzieren. Besonderes Augenmerk sollte dabei Jugendlichen gelten, z. B. mit einem besonderen Europäischen Aktionstag der Jugend. Auch Arbeitslose sollten zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ermutigt werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte darauf hinwirken, den Lebensstandard zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten anzugleichen und das Verständnis zwischen ihnen zu verstärken, bevor sie eine weitere Erweiterung ins Auge fasst. Bis dahin sollte sie ein nachhaltiges Rahmenwerk für die institutionellen Beziehungen mit Bewerberländern garantieren, deren progressive Eingliederung und die schrittweise Annahme des europäischen sozialen und wirtschaftlichen Modells sowie die Einhaltung des Rechtssystems und des Systems der öffentlichen Verwaltung in diesen Ländern fördern.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten, ungeachtet ihrer geographischen Randlage, den gleichen und wirklich grenzenlosen Status haben. Dafür sollte sie sicherstellen, dass alle Reisegebühren abgeschafft/korrigiert werden, indem sie Reisen in abgelegene Mitgliedstaaten reguliert, um eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Transportanbieter zu vermeiden, und indem sie hilft, Reisende und Handelstreibende von zusätzlichen Transport- und Reisekosten zu entlasten.</li></ul>
<b>Gesundheit</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte ihre Bemühungen für die Errichtung eines gemeinsamen Gesundheitssystems auf Grundlage des Know-hows der Länder mit den leistungsstärksten Systemen verstärken. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sollte sie eine für jede/n EU-Bürger/in gleiche Grundnorm für die Gesundheitsversorgung einführen. Es sollte eine zentralisierte Aufsicht über Vorschriften und Normen geben. Es sollte ein unabhängiger Mechanismus für die EU-weite Anerkennung der Qualifizierungen von medizinischem und Pflegefachpersonal ausgearbeitet und eingeführt werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Patient/innenmobilität als wesentliches Element der Wahlfreiheit, Gesundheitsleistungen EU-weit in Anspruch zu nehmen, anerkennen. Sie sollte daher zur Entwicklung der Rechtssicherheit in Bezug auf die Patient/innenmobilität beitragen, vor allem in Fällen, in denen Leistungen in einem Mitgliedstaat nicht erbracht werden oder es lange Wartelisten gibt. Die Europäische Kommission sollte eine gemeinsame Datenbank einrichten, in der Patient/innen Informationen zu ärztlichen Behandlungen in anderen Mitgliedsstaaten abrufen können.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Zum Zweck der Krankheitsverhütung und der Verringerung der Gesundheitsrisiken sollte die EU die Mitgliedstaaten dazu anregen, die Gesundheitsförderung mehr zu betonen. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz "Vorbeugen ist billiger als Behandeln" sollten Gelder für Pflichtuntersuchungen der gesamten Bevölkerung bereitgestellt werden. Die EU sollte globale Kampagnen zur Krankheitsverhütung und insbesondere für AIDS, Diabetes, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen ausarbeiten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte gewährleisten, dass die Gesundheitsdienste auf einer wettbewerblichen Grundlage angeboten werden, was die Liberalisierung der nationalen Gesundheitsmärkte einschließt.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte einen Ordnungsrahmen erstellen, um Gesundheitsversicherungsbeiträge</li></ul>



auf ein Minimum festzusetzen.
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Verbindungen zwischen der alternativen und der Schulmedizin unterstützen. Sie sollte die Forschung, die Übertragung von bewährten Verfahren und Bildungsangebote in der Alternativmedizin fördern. Alternativmedizinische Behandlungen sollten von den Krankenversicherungen ebenfalls voll erstattet werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Alle 27 Mitgliedstaaten sollten der europäischen Organbank beitreten.</li></ul>
<b>Schule und Ausbildung</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die europäischen Schul- und Berufsausbildungssysteme harmonisieren, indem sie gemeinsame Kriterien und Normen für die verschiedenen Bildungsabschlüsse einführt, die in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Dazu sollten die Vereinfachung der Schüler/innen- und Student/innenmobilität in Europa gehören sowie einheitliche Zulassungsverfahren, Prüfungen und Beurteilungen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte auf allen Bildungsniveaus mehr in die Qualität investieren. Es werden Mindestnormen für eine attraktive, bezahlbare und interessante Schulbildung von hoher Qualität benötigt, wobei der Schwerpunkt auf der Vielfalt und der Innovation im Bildungswesen liegen sollte. Dazu könnte gehören: die Bekämpfung und Verringerung des Analphabetismus (um mindestens 20 % bis 2020), das frühzeitige Erlernen einer europäischen Fremdsprache, Hilfe für Schulabbrecher, die Verbesserung der technischen Ausrüstung von Schulen und der Austausch von bewährten Verfahren zwischen EU-Mitgliedstaaten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Schul- und Ausbildungsangebote für alle unter 21 Jahren kostenlos anbieten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Religionsunterricht sollte außerhalb von staatlich finanzierten Schulen stattfinden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Unterrichtsstunden einführen, die die europäische Identität und ein besseres Verständnis der EU, der Mitgliedstaaten und ihrer Institutionen stärken. Zu diesen Maßnahmen sollten Schulpartnerschaften, ein Fonds zur Finanzierung von Austauschprogrammen, Unterricht zur Geschichte und Kultur der EU sowie Bürgerkunde und multikulturelles Bewusstsein gehören.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Maßnahmen befürworten, die den Bildungszugang von Kindern unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation fördern, wobei diese Maßnahmen vorrangig Kindern aus armen Familien und ländlichen Gebieten dienen sollten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte lebenslanges Lernen unterstützen, das durch die Bereitstellung eines festgesetzten Prozentanteils des BIP finanziert werden sollte. Dazu gehört die persönliche Entwicklung im weitesten Sinne. Wir verstehen das als ein gegenseitiges Engagement (Pflichten und Rechte). Wer das soziale System in Anspruch nimmt, muss sich darum bemühen, sich selbst weiterzuentwickeln. Das könnte konkrete Initiativen wie ein Paket mit Mindestleistungen für jede Person oder die Ausgabe von Bildungsschecks beinhalten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte eine berufliche Mobilität und eine Aus- und Weiterbildung fördern, die mit dem Bedarf der Arbeitsmärkte im Einklang stehen. Dazu könnte die Unterstützung für Mitgliedstaaten gehören, die Zentren für berufliche Mobilität, effiziente Berufsberatung und ein Angebot an Um- und Nachschulungen für Berufe entwickeln, für die eine Nachfrage besteht. Eine unabhängige Einrichtung der EU, die den Erfahrungsaustausch koordiniert sowie hochwertige Beratung und Subventionen bereitstellt, könnte diesen Prozess erleichtern.</li></ul>
<b>Demokratie</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Transparenz und die Rechenschaftspflicht von Politiker/innen und Beamte/innen erhöhen. Das könnte mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Verhaltenskodexes für Beamte/innen erfolgen, der die Offenlegung des persönlichen Vermögens und des polizeilichen Führungszeugnisses derjenigen verlangt, die in europäischen und nationalen Institutionen arbeiten, der die rechtliche Immunität von</li></ul>



<p>politischen Entscheidungsträger/innen einschränkt und Rechtsvorschriften zum Lobbying auf nationaler und europäischer Ebene einführt. Die Verantwortung für diese Aktionen könnte einer/m Kommissar/in für Ethik oder einer/m europäischen Bürger/innenbeauftragte/n übertragen werden.</p>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Verwaltung der EU sollte effizienter und weniger bürokratisch werden, indem z. B. die Telearbeit in EU-Institutionen verstärkt wird und indem neue Technologien für vorbereitende Arbeiten und für Sitzungen verwendet werden. Sie sollte sich für einen einzigen Standort des Europäischen Parlaments, das weniger Mitglieder zählen sollte, für einen längeren Turnus der EU-Ratspräsidentschaft und für Maßnahmen wie die Senkung der Reisekosten um 50 % oder eine Reduzierung des Tagegelds der Parlamentarier/innen, deren Anwesenheit im Parlament unter 75 % liegt, entscheiden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Anzahl der Verordnungen verringern und alle Dokumente vereinfachen, z. B. indem der Vertrag von Lissabon zu einem einzigen, in sich selbst geschlossenen und eigenständigen zusammenfassenden Dokument umformuliert wird.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sich darum bemühen, ihre politischen Entscheidungen transparenter und verständlicher für die Bürger/innen zu machen. Sie sollte den Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu offiziellen Unterlagen stärken und ausweiten. Sie sollte den Informationsfluss zwischen den Bürger/innen und den EU-Behörden verbessern (Medien, Debatten), eine umfassende Multimediakampagne einleiten, um 'Europe Direct' als ein leicht zugängliches Informationsportal zur EU bekannt zu machen. Internetseiten, Publikationen, Broschüren usw. sollten über die EU informieren. Es sollte eine interaktive Internetseite eingeführt werden, auf der ein Gremium aus Journalist/innen Themen, die von Interesse für die breite Bevölkerung sind, auswählt und vermittelt.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte für eine effizientere Informationsverbreitung an die Bürger/innen in Bezug auf die Verwendung der EU-Gelder und EU-Beihilfen sorgen. Das könnte eine externe, multinationale Agentur für Rechnungsprüfung beinhalten, die für eine zeitnahe und systematische Überwachung der Verwendung von EU-Geldern und ihrer nachhaltigen Auswirkung auf die sozioökonomische Entwicklung auf der regionalen Ebene sorgen könnte. Die Ergebnisse sollten den Überwachungsstellen und den Bürger/innen in gut strukturierter, elektronischer Form bereitgestellt werden. Verspätete Zahlungen von EU-Mitteln sollten vermieden werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Es wird eine eindeutige Trennung zwischen der Beschlussfassung auf EU-Ebene und derjenigen auf nationaler Ebene benötigt, so z. B. im Bildungswesen, in der Sozialpolitik und der Gesundheitsversorgung, in der Justiz und in Migrationsfragen. Beschlüsse in Bezug auf die grundlegenden Ausrichtungen auf der Makro-Ebene (z. B. im Umweltschutz) sollten ebenso wie die Pflege der Kontakte mit internationalen Organisationen und dem Rest der Welt auf EU-Ebene erfolgen. Beschlüsse sollten mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden. Die EU sollte die Verträge zu diesem Zweck überarbeiten und sich bis 2020 entscheiden, ob sie ein föderaler Staat oder eine Union unabhängiger Nationalstaaten sein will.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte einen von unten nach oben gerichteten Ansatz, die offene Debatte und die Beteiligung der Bürger/innen fördern, um das demokratische Defizit zu überbrücken und Entscheidungen zu treffen, die auf der Realität beruhen, z. B. mit Online-Petitionen und öffentlichen Abstimmungen zu Vorschlägen, um den Abgeordneten zum Europäischen Parlament (MEPs) Orientierung zu geben. Weitere Möglichkeiten wären: Volksentscheide, öffentlichen Sitzungen, breit angelegte Konsultationsveranstaltungen wie die Europäischen Bürgerkonferenzen, verstärktes lokales Engagement von EU-Politiker/innen usw.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Das Europäische Parlament sollte eine stärkere Rolle und das Recht erhalten, Gesetzesvorschläge vorzulegen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU-Kommissar/innen der Mitgliedstaaten sollten vom Parlament des Landes oder von der Bevölkerung ernannt werden und die/der Präsident/in der Kommission sollte direkt vom Volk Europas gewählt werden.</li></ul>



- Die EU sollte ein europäisches Zentrum bzw. Netzwerk zur Krisenverhütung gründen, um die Informationen und Maßnahmen zu globalen finanziellen und sozialen (unter Ausschluss von militärischen) Krisen zu koordinieren. Dadurch würde man quantitative und qualitative Indikatoren für die Beschlussfassung erhalten.

- Die EU sollte den Mitgliedstaaten den Auftrag zur Einführung einer obligatorischen europäischen Identitätskarte erteilen. Diese Karte enthielte ein Foto, persönliche Daten und die Staatsangehörigkeit sowie in elektronischer Form auch digitale medizinische Daten (fakultativ) und Fingerabdrücke. Ziel wäre es, damit mehr Sicherheit, Gewissheit über die Identität und ein konkretes Zeichen für die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft zu bieten.

### **Migration und Integration**

- Die EU sollte eine einheitliche Integrationspolitik für Migrant/innen formulieren, um Wissen, Verständnis und Toleranz auf allen Seiten zu fördern. Besonders wichtig sind dabei obligatorische und kostenlose Sprachkurse, die Förderung von Fremdsprachen in staatlichen Behörden und Sozialdiensten, die Verfügbarkeit von gemeinschaftlichen Begegnungsstätten und der Unterricht in regionaler und kultureller Geographie. Gleichzeitig muss die kulturelle Identität von Einwanderer/innen bewahrt bleiben.

- Die EU sollte eine gemeinsame Flüchtlingspolitik einführen und die Kriterien für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus harmonisieren. Die Regelung mit dem "Erstasylland" sollte abgeschafft werden.

- Um besser mit der illegalen Einwanderung fertig zu werden, sollte die EU die übergreifende strategische und finanzielle Verantwortung für die Verstärkung der Überwachung der Außengrenzen einschließlich einer schnelleren Fallbearbeitung und der Standardisierung der Behandlung von Durchreisenden übernehmen. Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um zu vermeiden, dass die Länder an ihren Außengrenzen vom Zustrom der Migrant/innen überschwemmt werden. Die Mitgliedstaaten der EU müssen dafür sorgen, dass illegalen Einwanderer/innen keine Arbeit in der Schattenwirtschaft angeboten wird.

- Die EU sollte die Schaffung der Union für den Mittelmeerraum unterstützen, um die Entwicklung dieser Länder zu unterstützen und die Einwanderungsströme zu kontrollieren.

- Die EU sollte die Ursachen für Migration mittels einer streng überwachten und koordinierten Entwicklungspolitik analysieren (einschließlich Wissenstransfer im Einklang mit dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe). Dafür sollte sie in die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen in der ganzen Welt investieren. Die Mitgliedstaaten sollten sich gemeinsam darum bemühen, das manchmal "zu rosige" Bild zu berichtigen, das in Drittländern in Bezug auf die Chancen in der EU besteht.

- Die EU sollte die wirtschaftlichen und sozialen Probleme angehen, die aus der Abwanderung hoch qualifizierter Fachkräfte zwischen Mitgliedstaaten der EU entstehen. Dieses Problem sollte durch den Einsatz konkreter finanzieller und regulierender Mechanismen und anderer Instrumente angegangen werden, die qualifizierten Fachkräften Anreize zum Verbleib in der EU geben.

### **Energie und Umwelt**

- Die EU sollte bestrebt sein, die globale Erwärmung zu reduzieren und fossile Brennstoffe schrittweise abzuschaffen, indem sie erneuerbare Energien aus Wasser, Sonnenstrahlung, Wind, Wasser und Industrieabfällen fördert. Die Mitgliedstaaten sollten mitwirken und Energiequellen auf Basis von nationalen und regionalen Gegebenheiten entwickeln. Dazu gehören die dezentralisierte Energieerzeugung, sich selbst mit Energie versorgende Regionen und Gemeinden und der Einsatz von wirtschaftlichen Instrumenten und Anreizen für eine international koordinierte Forschung.

- Die EU sollte Anreize - wie Steuerpolitiken und finanzielle Mittel - schaffen, um Investitionen in energieeffiziente Projekte und Energiesparmaßnahmen zu fördern. Die



<p>Energieeffizienz- und Technologieforschung sollte stärker bezuschusst werden. Die EU sollte die gemeinsame Forschung mit Informationen, Unterstützung und Sanktionen insbesondere im Verkehr, Wohnungswesen und der Landwirtschaft verstärken.</p>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Energiesicherheit für alle Mitgliedstaaten sicherstellen, indem sie ein transeuropäisches Energienetzwerk einrichtet und die Energiequellen und Versorgungskanäle diversifiziert.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU-Behörden sollten die bereits existierende Kernenergie fördern, wobei der Schwerpunkt auf einer Stärkung der Betriebssicherheit und gleichzeitig auf der aktiven Förderung der Entwicklung neuer und alternativer Kerntechnik, wie z. B. der "heißen Kernfusion", "kalten Kernfusion" usw., liegen sollte.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Gesetze zur Verbesserung des Marktzugangs für alternative Energieanbieter/innen einführen, z. B. indem sie die Übertragungsrechte liberalisiert und die Mindestlaufzeiten für Verträge verkürzt. Lokale und dezentralisierte Energieerzeuger/innen müssen einen echten Zugang zum Stromnetz erhalten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte für eine Umweltschutzpolitik sorgen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert. Dafür sollte sie z. B. das Anpflanzen und den Schutz von Wäldern fördern, die CO<sub>2</sub>-Emissionen genau beobachten und die Steuern für diejenigen Unternehmen senken, die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte nicht überschreiten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen aller ihrer Entscheidungen (Verordnungen, Leitlinien, Empfehlungen, Haushalt) berücksichtigen und einer Nachhaltigkeitsprüfung unterziehen. Sie sollte bewährte Verfahren verbreiten, die einer nachhaltigen Entwicklung förderlich sind. Die EU sollte einer existenzfähigen und nachhaltigen Produktion von Gütern und Dienstleistungen Vorschub leisten, auch über ihre eigene Vergabepraxis.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU muss die Geldbußen für Mitgliedstaaten, die den Umweltschutzrichtlinien nicht vollständig entsprechen, erhöhen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte auf die Einrichtung einer umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur abzielen und vermeiden, dass Güter über lange Strecken auf den Straßen transportiert werden, indem sie die Schienen- und Wasserwege verbessert. Alle Beschlüsse in der Verkehrspolitik sollten auf Grundlage einer Umweltverträglichkeitsprüfung für den gesamten Lebenszyklus, z. B. anhand des TEWI-Kennwertes (total equivalent warming impact - Gesamttreibhausbelastung), erfolgen. Maut- und Benutzungsgebühren im Verkehr müssen Umweltschutzkriterien wie Lärmemissionen und Luftverschmutzung beinhalten.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte in Zusammenarbeit mit lokalen Gebietskörperschaften und der Wirtschaft öffentliche Verkehrsmittel und - mittels Subventionen, Bewusstseinsbildung und dem Austausch bewährter Verfahren - die Einbindung der Einwohner/innen abgelegener Orte in innovative Verkehrsnetze fördern.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte in Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ein verantwortliches Abfallverhalten fördern. Das könnte durch ein einheitliches Recycling-System, Gebühren für pfandfreie Verpackungen, Informationskampagnen, die Verwendung von Abfall für die Energieerzeugung und Anreize bietende Maßnahmen erfolgen, wozu auch finanzielle Anreize gehören können.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte umweltverantwortliche Unternehmen unterstützen und die Umwelt verschmutzenden Industriezweige verbessern, indem sie in neue und saubere Produktionsprozesse und -technologien investiert und insbesondere Recyclingprogramme für jeden Industriezweig ausarbeitet. Die Europäische Union sollte ein Gütezeichen für gute Umweltp Praxis für Unternehmen erschaffen. Verstöße gegen Umweltschutzregeln sollten mit Sanktionen belegt werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte den Mitgliedstaaten die Einführung des Fachs Umweltschutz in die Schullehrpläne nahe legen. Sie sollte umfassende und EU-weite Informations- und Bildungsprogramme, insbesondere zu Abfalllagerung und Recycling, zum Klimawandel und zur Energienutzung, betreiben. Sie sollte die Mittel für die Förderung des</li></ul>



<p>Umweltbewusstseins erhöhen.</p>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Sachwissen und Gelder für die Einrichtungen bereitstellen, die Naturschutzgebiete und Gebiete für das Pflanzen- und Tiererbe verwalten.</li></ul>
<b>Sicherheit</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte einen beschleunigten Fluss von sicheren Daten fördern, die für die Verhütung und Erkennung von Verbrechen quer durch die Mitgliedstaaten benötigt werden (z. B. Drogen- und Menschenhandel, Pädophilie). Zu den Handlungsansätzen sollten mehr Mittel für neue integrierte Technik und ihr verbesserter Einsatz sowie die engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibeamten der einzelnen Länder gehören.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Europäische Union sollte ein harmonisiertes europäisches Strafrecht mit derselben Strafe für dasselbe Verbrechen in der gesamten Union und einen einheitlichen Opferschutz entwickeln. Die Gesetzbücher sollten Schritt für Schritt und einstimmig verabschiedet werden, um sich widersprechende Normen zu beseitigen.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Europäische Kommission sollte zur Bekämpfung von grenzüberschreitenden Verbrechen eine europäische Polizei aufbauen, die den nationalen Polizeikräften übergeordnet sein sollte (z. B. nach dem Vorbild des FBI).</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte Europa sicherer machen, indem sie die Grenzen ihrer Mitgliedstaaten als ihre eigenen Grenzen verteidigt, und indem sie sich eine auf europäischen Interessen basierende Verteidigungspolitik zulegt. Die Mitgliedstaaten sollten diese Politik einhalten und nicht den Interessen anderer internationaler Organisationen dienen.</li></ul>
<b>Verbraucherschutz</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Verbraucherschutzpolitiken auch für den elektronischen Geschäftsverkehr verstärken. Sie sollte dies mit Maßnahmen wie systematischen Kontrollen etwa von Lebensmitteln und Arzneimitteln oder Einfuhren aus Ländern außerhalb der EU tun. Es sollte eine strenge Kennzeichnung geben, die Vergleiche zwischen verschiedenen Produkten und Waren ermöglicht. Das Verfahren für Beschwerden und Anregungen sollte beschleunigt werden. Außerdem sollte eine zentrale Aufsichtsagentur eingerichtet werden, die Strafen erteilen kann.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte die Preisangleichung für Waren und Dienstleistungen im Markt unterstützen und nützliche Maßnahmen treffen, um jeder/m Bürger/in den Zugang zu Basisprodukten zu ermöglichen. Auch sollte sie Preiserhöhungen regulieren. Es werden Regeln benötigt, die zu günstigeren Verbraucherpreisen für bestimmte Produkte, z. B. Mobiltelefone, führen.</li></ul>
<b>Landwirtschaft</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die Europäische Union sollte die Subventionspolitik in der Landwirtschaft neu strukturieren und den prozentualen Anteil der Subventionen für die Landwirtschaft insgesamt bedeutend senken. Sie sollte die Verwendung der Beihilfen überwachen und die Erzeugung von Waren unterstützen, für die eine Nachfrage besteht. Erzeuger/innen, die ihren landwirtschaftlichen Betrieb aufgrund geringerer Beihilfen einstellen, verdienen eine befristete Unterstützung, die der kontinuierlichen Entwicklung ländlicher Gebiete dienen sollte.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sicherstellen, dass in allen Mitgliedstaaten die gleichen Landwirtschaftssubventionen gelten. Die Landwirte sollten Zugang zu Informationen und Beratung erhalten und sie sollten auch in die Programmplanung und die Überwachung der für sie bestimmten Gelder einbezogen werden.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Die EU sollte sicherstellen, dass die Landwirtschaft keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt hat, und die Nahrungsmittelselbstversorgung fördern. Dazu würde die Förderung von nachhaltigen landwirtschaftlichen Verfahren, wie der biologische Anbau, lokale Nahrungsmittelerzeugung und ein geringerer Einsatz von Düngern und Pestiziden, gehören. Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sollten mit Ausnahme von medizinischen Anwendungen verboten werden.</li></ul>